



Pressemitteilung – 30. Januar 2017

## Staatsverträge sind wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Dialog

Mit Sorge nimmt das Interreligiöse Forum Hamburg die gegenwärtige Diskussion um das Verhältnis zwischen Stadt und Religionsgemeinschaften auf. Ausgelöst u.a. durch politische Entwicklungen in der Türkei, die im Interreligiösen Forum kritisch diskutiert und von nicht wenigen auch als Gefährdung der Religionsfreiheit gesehen werden, erheben sich nun Stimmen, die Verträge zwischen Stadt und muslimischen Religionsgemeinschaften grundsätzlich infrage zu stellen.

Die Staatsverträge, welche die Freie und Hansestadt Hamburg in den vergangenen Jahren nicht nur mit der Nordkirche und dem Erzbistum Hamburg, sondern auch mit der Jüdischen Gemeinde, der Alevitischen Gemeinde und den drei islamischen Religionsgemeinschaften DITIB, Schura und VIKZ geschlossen hat, haben eine wichtige Doppelfunktion: Sie sind Anerkennung und Verpflichtung zugleich. Sie erkennen an, dass die Religion einen wertvollen Beitrag als Mittlerin zwischen unterschiedlichen Kulturen und Traditionen zu leisten vermag und erleichtern den Religionsgemeinschaften die Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie zeigen die verfassungsrechtliche Rolle der Kirchen und Religionsgemeinschaften auf und verpflichten sie zugleich auf die Grundwerte unserer Gesellschaft.

Daneben bieten gerade die Verträge das Instrumentarium, auftretende Probleme und Konflikte zu bearbeiten und zu lösen. Es ist daher aus unserer Sicht nicht konstruktiv, die Kündigung solcher Verträge ausgerechnet in einer Situation zu fordern, in der diese Form des institutionalisierten Dialogs dringend gebraucht wird. **Als Interreligiöses Forum Hamburg appellieren wir daher an die politisch Verantwortlichen in dieser Stadt, an den Staatsverträgen festzuhalten.**

Gerade hier in Hamburg hat der Dialog der Religionsgemeinschaften untereinander und mit dem Staat zu einem bemerkenswerten und bundesweit beachteten friedlichen Zusammenleben beigetragen. Dieses Modell wurde immer von einem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens getragen und sollte nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

In diesem Geist haben wir Religionsgemeinschaften auch in unserer Neujahrsbotschaft 2017 bekräftigt: „Wir werden nicht aufhören, für die Freiheit des Glaubens und des Gewissens und für den wechselseitigen Respekt zwischen Menschen verschiedener Religion und Weltanschauung einzutreten. Wer Hass und Gewalt propagiert, hat keinen Platz in unseren Gemeinden. Nur im friedlichen Dialog, in Begegnungen und mit Argumenten können Probleme gelöst und Vorurteile abgebaut werden.“ Daran werden wir weiter festhalten.

***Im Interreligiösen Forum Hamburg wirken die führenden Vertreter folgender Religionsgemeinschaften und Institutionen mit: Alevitische Gemeinde, Bahà'i-Gemeinden Hamburg, Buddhisten, Katholische Kirche - Erzbistum Hamburg, Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche), Hindus und Zentralrat der Inder, Jüdische Gemeinde Hamburg, Schura – Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg sowie die Akademie der Weltreligionen der Universität Hamburg.***

Für Rückfragen: Pastor Thomas Kärst, Geschäftsführer des IFH,  
Tel.: 0175/180 68 92, Mail: thomas.kaerst@bkhh.nordkirche.de